

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN

Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

5. Mai 2015

LACDJ teilt scharfe Kritik des Richterbundes an der teilweisen Übernahme des Tarifabschlusses für die Besoldung

Vorsitzender Dr. Alexander Ganter: „Der Richterbund trifft den Kern der Sache: Dass der Tarifabschluss nicht zeit- und inhaltsgleich übernommen wird, ist schlimm genug. Dass aber Richter und Staatsanwälte in keiner Weise beteiligt wurden und in den Verlautbarungen der Landesregierung nicht einmal erwähnt werden, zeigt die offensichtliche Geringschätzung der Dritten Gewalt leider überdeutlich.“

Damit missachtet die Landesregierung das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 5. Mai 2015, in dem das Ansehen des Amtes in den Augen der Gesellschaft sowie die vom Amtsinhaber geforderte Ausbildung und Beanspruchung ausdrücklich betont werden.

Die Justiz hat eine überragend wichtige Funktion für den Rechtsstaat. Die hohe Qualität der Arbeit der baden-württembergischen Justiz muss dauerhaft gesichert werden. Eine gute Justiz braucht gutes Personal. Der schon heute bestehende Mangel an hochqualifizierten Bewerbern für den Richterberuf ist ein deutliches Alarmzeichen, auf das reagiert werden muss. Die Bezahlung erfüllt nach Ansicht des Bundesverfassungsgerichts ihre qualitätssichernde Funktion nur dann, wenn es gelingt, überdurchschnittlich qualifizierte Kräfte für den höheren Justizdienst anzuwerben.

Der LACDJ fordert wie der Richterbund: Die Absenkung der Eingangsbesoldung bei Berufsanfängern muss zurückgenommen werden. Die Besoldung aller Richter und Staatsanwälte ist unter Beachtung der verfassungsgerichtlichen Rechtsprechung neu zu regeln. Bis dahin sind die Ergebnisse von Tarifverhandlungen zeit- und inhaltsgleich für alle zu übernehmen. Die Justiz als Arbeitgeber muss attraktiv bleiben.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.